

Auftaktveranstaltung „Soziale Organisationen als Partner der Wohnungswirtschaft“, 3. April 2019 im Wissenschaftspark Gelsenkirchen



Kurzprotokoll

Workshop: Stärkung von Nachbarschaften I

a. In welchem Handlungsfeld ist die soziale Organisation tätig und worin besteht die Kooperation mit der Wohnungswirtschaft?

Gemeinwesenarbeit (GWA) ist die soziale Organisation, die sich ausdrücklich und unmittelbar mit Wohnen und mit Nachbarschaft beschäftigt. In Saarbrücken hat die Gemeinwesenarbeit (GWA) eine lange Tradition (seit 1971) und gilt als „Strukturprinzip der kommunalen Sozialpolitik“. Die inzwischen 8 Gemeinwesen“projekte“ werden von freien Trägern betrieben. Mit der kommunalen Seite bestehen jeweils für 5 Jahre abgeschlossene Zuwendungsverträge. Damit wird den Trägern eine 100%-Finanzierung ihrer Kosten garantiert (jeweils 3,5 Stellen, fixe Sachkosten und variable Kosten). Die Saarbrücker Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft (eine Tochter der Stadt SB) ist (im Rahmen der kommunalen Steuerung) ebenfalls Vertragspartner und beteiligt sich mit jährlich 300.000 € an dem Programm, welches ausdrücklich ein Verhältnis der Kooperation und nicht der Beauftragung sein soll.

(Vgl. hierzu Armin Kuphal: Empowerment in eigener Sache oder: Wie wir es anstellen, dass die Gemeinwesenarbeit nicht unterzukriegen ist.

http://fc.quarternet.de/publikationen/542-Kuphal_Empowerment.pdf

b. Welcher Voraussetzungen bedarf es bei den sozialen Organisationen und der Wohnungswirtschaft, um eine Kooperation mit dem Ziel zur Stärkung von Nachbarschaften zu realisieren?

- Einsicht in die grundsätzlichen Vorteile einer solchen Kooperation
- Verabredung von Grundsätzen des Umganges miteinander
- Beteiligung an den Kosten der Gemeinwesenarbeit
- aber: Kein Auftragsverhältnis („Wer bezahlt, bestellt auch!), sondern Kooperation

c. Welche Erfahrungen hat die soziale Organisation bezüglich der Kooperation mit der Wohnungswirtschaft gemacht?

Zugrunde liegen Erfahrungen aus über 40 Jahren, hauptsächlich mit dem kommunalen Wohnungsträger (weniger mit der privaten Wohnungswirtschaft). Aus einem anfänglich ziemlich konflikträchtigen Verhältnis wurde eine gedeihliche Kooperation. Man kann auch sagen: Die Wohnungswirtschaft hat sich „zu ihrem Glück zwingen lassen“. Das Argument aus dem Rathaus war: Weil

die städtische Siedlungsgesellschaft einen unmittelbaren Vorteil durch die städtisch finanzierte Gemeinwesenarbeit hat, sollte sie sich auch an deren Kosten beteiligen und insofern den städtischen Haushalt entlasten ...

Bei jedem Wechsel in der Geschäftsführung musste bisher allerdings – über die kommunale Steuerung hinaus – erneut Überzeugungsarbeit geleistet werden, dass der kommunale Wohnungsträger einen erheblichen Vorteil aus der Kooperation hat. Das gelang bisher und man darf von einer gelingenden Kooperation auch zugunsten der Mieter sprechen. Ein sehr starkes Instrument sind die von den GWA-Projekten herausgegebenen Stadtteilzeitungen.

d. Welche Unterstützung benötigt die soziale Organisation in der Kooperation mit wohnungswirtschaftlichen Akteuren oder ggf. auch anderen Akteuren?

- Einbindung in die kommunale Wohnungs- und Sozialpolitik (– die man sich freilich erkämpfen muss)
- Anerkennung als Träger öffentlicher Belange
- Positive Darstellung in der lokalen Presse

e. Wie kann die Kooperation verbessert werden?

- Regelmäßige Gespräche über den Stadtteil bzw. das Wohnquartier
- Verabredung von Verfahren der gegenseitigen Information und Teilhabe
- Verabredung über weitergehende Entwicklungsziele
- Gemeinsame Erfahrungen ermöglichen
- erfolgreiches gemeinsames Tun (Mieterversammlungen, Mietergespräche, Mieterfeste, Intervention bei Konflikten im Stadtteil ...)

f. Gibt es weitere Themen und Vorschläge, die bei der Förderung der Kooperation vor Ort zwischen sozialer Organisation und der Wohnungswirtschaft beachtet werden sollten?

Die Vermietung von Wohnungen ist nicht alleine eine wirtschaftliche Tätigkeit, sondern zählt zu den Grundlagen der Daseinsvorsorge. Viele Städte haben sich hier aus der Verantwortung gestohlen – im schlimmsten Falle durch Verkauf ihrer Liegenschaften. Städte, die sich auf ihre Verantwortung besinnen, sollten die soziale Seite des Wohnens betonen und die Kooperation mit den passenden Akteuren der freien Wohlfahrt und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure suchen.